

Gemeinsamer Bericht
des Vorstands der HOCHTIEF Aktiengesellschaft
und
der Geschäftsführung der HOCHTIEF Asia Pacific GmbH
gemäß § 293a i.V.m. § 295 Abs. 1 AktG
über die
Änderung des Gewinnabführungsvertrages vom 14.11.2002

Zwischen der HOCHTIEF Aktiengesellschaft mit Sitz in Essen und der HOCHTIEF Asia Pacific GmbH mit Sitz in Essen besteht ein Gewinnabführungsvertrag vom 14.11.2002 (nachfolgend „Gewinnabführungsvertrag“).

Am 30. Januar 2014 haben die HOCHTIEF Aktiengesellschaft und die HOCHTIEF Asia Pacific GmbH (im Weiteren auch „Tochtergesellschaft“ genannt) eine Änderungsvereinbarung zu dem Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Der Vorstand der HOCHTIEF Aktiengesellschaft und die Geschäftsführung der Tochtergesellschaft erstatten gemäß § 293a i.V.m. § 295 Abs. 1 AktG den nachfolgenden Bericht über die Änderungsvereinbarung zwischen der HOCHTIEF Aktiengesellschaft und der Tochtergesellschaft vom 30. Januar 2014 zur Unterrichtung der Aktionäre der HOCHTIEF Aktiengesellschaft und zur Vorbereitung der Beschlussfassung in der Hauptversammlung der HOCHTIEF Aktiengesellschaft.

I. Abschluss und Wirksamwerden der Änderungsvereinbarung

Die HOCHTIEF Aktiengesellschaft ist unmittelbare Alleingesellschafterin der Tochtergesellschaft. Die Tochtergesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen (HR B Nr. 16668) eingetragen. Das Stammkapital beträgt 1.000.000,- Euro.

Die HOCHTIEF Aktiengesellschaft und die Tochtergesellschaft haben am 30. Januar 2014 eine Änderungsvereinbarung zu dem Gewinnabführungsvertrag vom 14.11.2002 abgeschlossen. Die Änderungsvereinbarung wird der ordentlichen Hauptversammlung der HOCHTIEF Aktiengesellschaft am 07. Mai 2014 zur Zustimmung vorgelegt. Die Änderungsvereinbarung bedarf zu ihrer Wirksamkeit weiterhin der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft und der Eintragung in das Handelsregister am Sitz der Tochtergesellschaft.

Da die HOCHTIEF Aktiengesellschaft Alleingesellschafterin der Tochtergesellschaft ist, bedurfte es gemäß § 293b Abs. 1, 2. Halbsatz AktG keiner Prüfung der Änderungsvereinbarung durch

sachverständige Prüfer (Vertragsprüfer) und keines Prüfungsberichts nach § 293e AktG. Darüber hinaus mussten aus diesem Grund weder ein angemessener Ausgleich (§ 304 AktG) noch eine Abfindung (§ 305 AktG) vorgesehen werden.

II. Rechtliche und wirtschaftliche Gründe für den Abschluss der Änderungsvereinbarung

Die Änderung des Gewinnabführungsvertrags ist wegen des Gesetzes zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts vom 20. Februar 2013 erforderlich. Durch dieses Gesetz wurden die Voraussetzungen des § 17 Satz 2 Nr. 2 KStG geändert. Zur Entstehung einer ertragssteuerlichen Organschaft aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags ist es nach der Gesetzesänderung (zusätzlich) erforderlich, dass der Gewinnabführungsvertrag einen ausdrücklichen Verweis auf § 302 AktG „in seiner jeweils gültigen Fassung“ enthält. Nach Auffassung der obersten Finanzbehörden der Länder kann ein bestehender Gewinnabführungsvertrag, der den bisherigen Anforderungen der Verlustübernahmeverpflichtung gemäß § 302 AktG entspricht, durch Aufnahme eines entsprechenden dynamischen Verweises angepasst werden, ohne dass dies einen Neuabschluss des Vertrages darstellt.

III. Erläuterung der Änderungsvereinbarung

Die Änderungsvereinbarung hat im Einzelnen folgende Regelungen:

Gemäß Artikel 1 der Änderungsvereinbarung wird § 1 Satz 3 des Gewinnabführungsvertrags geändert und lautet nun wie folgt:

„Für die Verlustübernahme gelten die Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung entsprechend.“

Die HOCHTIEF Aktiengesellschaft ist dementsprechend weiterhin verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst, d.h. ohne einen Verlustausgleich, entstehenden Jahresfehlbetrag der Tochtergesellschaft auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Der Verweis auf die gesetzlichen Vorschriften des § 302 AktG ist dynamisch ausgestaltet, indem die Regelung auf die Vorschriften des § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung verweist. § 302 AktG in seiner Fassung zum Zeitpunkt der Berichterstattung lautet wie folgt:

§ 302 Verlustübernahme

- (1) Besteht ein Beherrschungs- oder ein Gewinnabführungsvertrag, so hat der andere Vertragsteil jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind.
- (2) Hat eine abhängige Gesellschaft den Betrieb ihres Unternehmens dem herrschenden Unternehmen verpachtet oder sonst überlassen, so hat das herrschende Unternehmen jeden während der

Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit die vereinbarte Gegenleistung das angemessene Entgelt nicht erreicht.

- (3) Die Gesellschaft kann auf den Anspruch auf Ausgleich erst drei Jahre nach dem Tag, an dem die Eintragung der Beendigung des Vertrags in das Handelsregister nach § 10 des Handelsgesetzbuchs bekannt gemacht worden ist, verzichten oder sich über ihn vergleichen. Dies gilt nicht, wenn der Ausgleichspflichtige zahlungsunfähig ist und sich zur Abwendung des Insolvenzverfahrens mit seinen Gläubigern vergleicht oder wenn die Ersatzpflicht in einem Insolvenzplan geregelt wird. Der Verzicht oder Vergleich wird nur wirksam, wenn die außenstehenden Aktionäre durch Sonderbeschluss zustimmen und nicht eine Minderheit, deren Anteile zusammen den zehnten Teil des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erreichen, zur Niederschrift Widerspruch erhebt.
- (4) Die Ansprüche aus diesen Vorschriften verjähren in zehn Jahren seit dem Tag, an dem die Eintragung der Beendigung des Vertrags in das Handelsregister nach § 10 des Handelsgesetzbuchs bekannt gemacht worden ist.

In Artikel 2 der Änderungsvereinbarung wird darauf hingewiesen, dass die Änderung des Gewinnabführungsvertrages zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Tochtergesellschaft und der Hauptversammlung der HOCHTIEF Aktiengesellschaft sowie der Eintragung in das Handelsregister der Tochtergesellschaft bedarf. Zudem ist in Artikel 2 festgehalten, dass die Änderungsvereinbarung rückwirkend ab Beginn des Geschäftsjahres der Tochtergesellschaft gilt, in dem die Vertragsänderung im Handelsregister eingetragen wird.

Durch diese Änderung des Gewinnabführungsvertrags ist es für die HOCHTIEF Aktiengesellschaft weiterhin möglich, die mit dem Gewinnabführungsvertrag verbundenen steuerlichen Vorteile für den HOCHTIEF-Konzern zu sichern. Weitere Änderungen des Gewinnabführungsvertrags wurden nicht vorgenommen. Die übrigen Bestimmungen des Gewinnabführungsvertrags gelten unverändert fort.

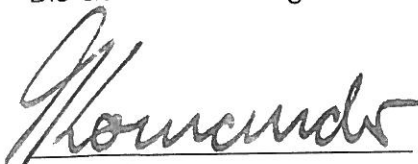
Essen, 06. März 2014

HOCHTIEF Aktiengesellschaft
Der Vorstand


Fernández Verdes


Sassenfeld

HOCHTIEF Asia Pacific GmbH
Die Geschäftsführung


Komander


Teloh